

PROTOKOLL DER VORSTANDSSITZUNG VOM 6. JUNI 2014



1. Einleitung

Die ETF-Vorstandssitzung findet am 6. Juni 2014 in Turin statt; den Vorsitz führt Jan TRUSZCZYŃSKI, Generaldirektor für Bildung und Kultur, Europäische Kommission.

Folgende neue Vorstandsmitglieder werden willkommen geheißen: Edel CASSAR, Mitglied für Malta, Ian PEGG, Mitglied, und Pamela WILKINSON, stellvertretendes Mitglied für das Vereinigte Königreich, Katalin ZOLTAN, stellvertretendes Mitglied für Ungarn, Luis RIERA FIGUERAS, Vertreter der GD DEVCO (Europäische Kommission), und Mariem LISSARI, Beobachterin für Tunesien. Von der Europäischen Kommission sind anwesend: Gerhard SCHUMANN-HITZLER (Direktor der GD Erweiterung), Luis RIERA FIGUERAS (Direktor der GD DEVCO), António SILVA MENDES (Direktor der GD Bildung und Kultur), João SANTOS (stellvertretender Referatsleiter der GD Bildung und Kultur), Donatella GOBBI (GD DEVCO) und Maria TODOROVA (GD Bildung und Kultur). Die Personalvertretung der ETF ist durch Mircea COPOT vertreten.

Die Vertreter aus Bulgarien, Griechenland, Irland, Lettland und Rumänien nehmen nicht an der Sitzung teil. Der vom Europäischen Parlament benannte unabhängige Sachverständige JF MÉZIERES und der Beobachter aus der Türkei nehmen ebenfalls nicht an der Sitzung teil.

2. Annahme der Tagesordnung

Die ETF beantragt die Aufnahme eines Informationspunktes unter dem Tagesordnungspunkt *Verschiedenes zu den Forderungen des Europäischen Parlaments hinsichtlich des möglichen Interessenkonflikts, die in der Entschließung des Europäischen Parlaments vom 3. April 2014 betreffend die Entlastung für die Ausführung des Haushaltsplans der Agenturen der Europäischen Union für das Haushaltsjahr 2012: Leistung, Haushaltsführung und Kontrolle niedergelegt sind.*

Die Tagesordnung wird vom Vorstand angenommen.

3. Follow-up zur letzten Sitzung

i. Protokoll der letzten Sitzung

Das Protokoll der letzten Sitzung vom 22. November 2013 wird genehmigt.

ii. Follow-up zu Aktionspunkten und schriftlichen Verfahren

Xavier MATHEU, ETF, stellt die Maßnahmen vor, die als Follow-up zur Sitzung vom November 2013 durchgeführt wurden:

- Eine Arbeitsgruppe zu Verwaltungskosten und Kommunikation wurde eingerichtet und die Empfehlungen unter Punkt 8 der Tagesordnung wurden vorgestellt;
- die ETF wird die Länge der Planungsdokumente kürzen;
- bei der Vorstandssitzung im November 2014 wird die ETF als Reaktion auf eine Forderung der Arbeitsgruppe ihre Kommunikationsstrategie und -konzepte zur Erhöhung ihrer Sichtbarkeit vorstellen;
- Auf die Personalsituation der ETF wird in künftigen Vorstandssitzungen weiter eingegangen werden.

Seit der letzten Sitzung wurden folgende schriftliche Verfahren durchgeführt:

- Die Übertragung von ETF-Haushaltsmitteln für 2013 (GB13DEC013) wurde mit der Zustimmung der Mehrheit der Mitglieder und einem Einwand von Deutschland erfolgreich abgeschlossen.

- Die Finanzregelung der ETF 2013 (GB13DEC014) wurde erfolgreich abgeschlossen;
- die Durchführungsbestimmungen der ETF zu den Zeitbediensteten 2f (ETF-GB-13-030 - GB/07/DEC/011_REV2) wurden erfolgreich abgeschlossen;
- Umsetzung der Durchführungsbestimmungen des überarbeiteten Statuts: Die Bestimmungen der Kommission finden analog Anwendung;
- die Änderung des Jährlichen Beschaffungsplans 2014 für Titel 3-Tätigkeiten wurde erfolgreich abgeschlossen;
- Übersetzung des Entwurfs des Jährlichen Tätigkeitsberichts 2013 und des Entwurfs der Analyse und Bewertung des Jährlichen Tätigkeitsberichts 2013. Weitere Diskussionen werden unter Punkt 8 der Tagesordnung stattfinden;
- Umsetzung der Durchführungsbestimmungen des überarbeiteten Statuts: Der neue Kommissionsbeschluss zur analog geltenden Arbeitszeit wurde erfolgreich abgeschlossen.

4. Jährlicher Tätigkeitsbericht 2013 und seine Analyse und Bewertung

Madlen SERBAN und Xavier MATHEU stellen den Jährlichen Tätigkeitsbericht 2013 vor.

Im Jährlichen Tätigkeitsbericht 2013 sind die Fortschritte bei der Erreichung der Ziele der ETF für das Jahr 2013 gemäß ihrem Jahresarbeitsprogramm verzeichnet. 2013 war das vierte und letzte Jahr der Mittelfristigen Perspektive für 2010-2013.

Das Highlight-Dokument, das im Vorfeld der Sitzung im zugangsbeschränkten Bereich des Vorstands bereitgestellt wurde, ergänzt den Jährlichen Tätigkeitsbericht um zusätzliche Informationen über operative Tätigkeiten.

Im Jährlichen Tätigkeitsbericht sind die im Jahr 2013 erzielten ergebnisbezogenen Leistungen mit Anhängen enthalten, in denen Ausgabenbereiche nach Aufgabe, Thema, Region und Land aufgeführt sind. Für den Zeitraum 2010-2013 lag das ursprüngliche Ziel bei 590 Leistungen. Tatsächlich wurden 610 erzielt; damit wurde die Zielvorgabe um 3,4 % übertroffen. In den Jahresarbeitsprogrammen 2013 für den Zeitraum wird jedoch auf 616 zu erbringende Leistungen (in Bezug auf quantitative konkrete Zielvorgaben) bzw. eine Erfolgsquote von 99 % verwiesen. Die Leistungen wurden annulliert aufgrund der Lage im Land (Ägypten, Libanon); auf Ersuchen des Vertragspartners (die Organisation des Partnerlandes, z. B. Teilnahme von Vertretern des Kandidatenlandes am Beratenden Ausschuss für die Berufsbildung, den Generaldirektoren für Berufsbildung oder der EU-Delegation, der IPA-Programmierung „Support to Serbia“ im Jahr 2010; aufgrund der diesen Tätigkeiten zugewiesenen negativen Priorität (Veranstaltung zu nachhaltiger Entwicklung und Berufsbildung)).

Einer externen Bewertung des Turin-Prozesses zufolge trägt dieser zur Förderung von Eigenverantwortung und Beteiligung von Interessengruppen in den Partnerländern bei, während in einer Studie der GD DEVCO erkannt wird, in welcher Weise die Berufsbildungssysteme von den technischen Kompetenzen der ETF profitierten: „*Es war zu erkennen, in welcher Weise die unterstützten Systeme der technischen Berufsbildung von den technischen Kompetenzen des ETF-Personals und dem strukturierten Konsultationsprozess mit wichtigen Interessengruppen der Berufsbildung in den Partnerländern profitierten. Auch die durch regionale, subregionale und thematische Konsultationen zwischen den Ländern und Kapazitätsaufbau in den Ländern errichteten Netzwerke sowie die Nutzergemeinschaften, die die interne Kapazität und Kompetenz der ETF ergänzen, trugen zum Mehrwert bei.*“

In Teil I des Berichts werden die Ergebnisse nach Ländern und nach den vier Regionen sowie die zur Unterstützung der Ergebnisse entwickelte methodische Kompetenz zusammengefasst.

In Südosteuropa und der Türkei und im Zeitraum von 2010 bis 2013 haben in allen Ländern Kompetenzen für Wachstum einen hohen Stellenwert auf der Agenda. Außerdem haben die Länder die wichtige Rolle anerkannt, die die allgemeine und berufliche Bildung in Bezug auf Wettbewerbsfähigkeit, nachhaltiges Wachstum und soziale Integration spielt.

Die Regierungen in Südosteuropa und der Türkei haben Maßnahmen zur Bewältigung der Wirtschaftskrise ergriffen und passten ihre sozioökonomischen politischen Strategien an das dynamische Umfeld und zum Erzielen von Fortschritten auf dem eingeschlagenen Weg zur europäischen Integration an. Im Rahmen des Turin-Prozesses und des Brügge-Prozesses 2012 sowie der Überprüfungen der Humanressourcenentwicklung konnte Folgendes ermittelt werden: laufende Reformen im Kontext des lebenslangen Lernens bei gleichzeitiger Entwicklung von nationalen Qualifikationsrahmen und Qualitätssicherungssystemen sowie Reformen in den Bereichen Unternehmertum, Lernen am Arbeitsplatz sowie Ausbildung von Lehrkräften und Ausbildern; Sicherstellen, dass die integrative Bildung auf die Reformagenda von Regierungen aufgenommen wird; Governance des Systems und Ausbau der Kapazitäten zur Erfassung und Analyse von Daten, um daraus politische Strategien abzuleiten.

In den südlichen und östlichen Mittelmeerländern war die Lage zwischen 2010 und 2013 äußerst instabil. Die ETF legte den Schwerpunkt auf Beschäftigung, insbesondere für junge Menschen, auf Governance in der Berufsbildung und die Entwicklung von Qualifikationen in bestimmten Wirtschaftsbranchen.

Seit dem Jahr 2010 haben alle sieben osteuropäischen Länder politische Strategien für die Berufsbildung erarbeitet und systembezogene Veränderungen angestoßen, die sich stark am jeweiligen nationalen Kontext orientieren. Die ETF unterstützte die Länder bei dieser Entwicklung und in den Bereichen berufliche Weiterbildung, Qualifikationen, Validierung informellen und nicht formalen Lernens und der kompetenzbezogenen Dimension von Migration und Mobilität.

In Zentralasien wurden im Rahmen des Turin-Prozesses 2012 erhebliche Fortschritte bei der Erarbeitung von Strategien und Rechtsvorschriften in allen Ländern ermittelt. Die ETF hat mit ihrem regionalen Projekt zur Schulentwicklung und mit Länderprojekten zur Unterstützung der Zusammenarbeit von Berufsbildungszentren und Unternehmen, Folgestudien und politischem Dialog Beiträge geleistet.

Neben den auf Länderebene durchgeführten Arbeiten wurde durch die Ermittlung von fünf Maßnahmen zur Kompetenzförderung eine Verbesserung der politischen Analysen erreicht, die sich auf Fakten stützt. Sie sind in der Erklärung zum Turin-Prozess 2013 zusammengefasst und beinhalten breitere Beteiligung an der Politikgestaltung; Überbrückung der Lücke zwischen der Formulierung und der Umsetzung von Politik; Überwachung der Fortschritte durch nationale und EU-Benchmarks; Förderung innovativer, lernerzentrierter Bildung sowie Verstärkung der Verwendung von Fakten bei der Politikgestaltung. Diese fünf Maßnahmen wurden auf einer großen Veranstaltung für den Austausch von Wissen und Entscheidungen ermittelt. Sie fand unter dem Namen „Moving Skills Forward“ (Kompetenzförderung) am 7. und 8. Mai 2013 in Turin statt und schloss die zweite Runde des Prozesses ab. Auf der Veranstaltung trafen sich hochrangige Teilnehmer aus allen Partnerländern, von EU-Organen, Mitgliedstaaten und führende internationale Partner. Über die Ergebnisse der 25 nationalen Turin-Prozessberichte wurde durch eine von der ETF durchgeführte länderübergreifende Analyse informiert. Die Veranstaltung bot eine Möglichkeit zum Erkennen von länderübergreifenden Tendenzen in der Berufsbildung seit der ersten Runde von 2011. Dabei wurden die Bedingungen genauer untersucht, welche die Umsetzung von Reformen in Prioritätsbereichen in den Partnerländern erleichtern oder behindern, einschließlich Vision und Innovation, Mehrebenen-

Governance, Qualität, Qualifikationsmaßnahmen für Wettbewerbsfähigkeit und nachhaltiges Wachstum.

In Teil II werden die Entwicklungen beschrieben, mit denen die Aufsicht und Kontrolle der Leitung über die Tätigkeiten der ETF verbessert und gestärkt wurden. Im Jahr 2013 wurde die Umsetzung eines umfassenden Systems interner Kontrollen, des Qualitäts- und Risikomanagements fortgeführt und so die Einhaltung und Wirksamkeit der internen Verfahren gewährleistet.

Im Bericht sind sehr gute Ergebnisse aus der Perspektive des Ressourcenmanagements verzeichnet:

- Von den 20 143 500 EUR, die der Stiftung als Zuschuss für das Jahr 2013 zugewiesen wurden, hat die ETF 99,78 % gebunden und damit die gute Leistung der vorangegangenen Jahre aufrecht erhalten (99,91 % für 2012), was zeigt, dass die ETF ihre Haushaltssausführung optimiert hat; darauf wies auch das Europäische Parlament in der letzten Entlastung für 2011 hin;
- Ganz ähnlich bedeutet die Auszahlungsrate von 87,11 % der Zuschussmittel, die die ETF im Jahr 2013 erzielte, im Vergleich zu 2012 (85,9 %) einen weiteren Schritt vorwärts, während bei Titel 3 die Auszahlung von getrennten Mitteln 99,81 % erreichte und erneut den guten Ergebnissen der vorangegangenen Jahre entsprach (99,92 % im Jahr 2012 und 99,72 % im Jahr 2011). Die hohe Rate der Inanspruchnahme von Zahlungsermächtigungen ist ein Zeichen dafür, dass die Anstrengungen in den Bereichen Planung der Übertragung von Zahlungsermächtigungen und Priorisierung von Zahlungsanträgen erfolgreich waren. Außerdem erzielte die ETF eine deutliche Verbesserung ihrer bereits guten Leistung bei der Einhaltung der Zahlungsfristen: 84,07 % der Zahlungen wurden 2013 innerhalb der gesetzlichen Frist ausgeführt;
- die Auszahlungsquote lag bei Mitteln, die aus dem Jahr 2012 übertragen wurden, bei 90 %, was der Quote der vorangegangenen Jahre entspricht (89,7 % im Jahr 2012 und 90 % im Jahr 2011).
- Unter Titel 3 verringerten sich die noch abzuwickelnden Mittelbindungen (reste à liquider) sowohl prozentual (von 35 % im Jahr 2012 auf 34 % 2013) als auch absolut (von 1,95 Mio. EUR im Jahr 2012 auf 1,8 Mio. EUR 2013). Das bedeutet, dass 66 % der operativen Mittel innerhalb des Jahres ausgezahlt wurden und die restlichen 34 % an die reguläre Durchführung operativer Projekte gebunden sind.

In Teil III werden die Bausteine für die Zuverlässigkeitserklärung der Direktorin dargestellt, nach der die Mittel, die den im Bericht beschriebenen Tätigkeiten zugewiesen wurden, für ihren beabsichtigten Zweck und im Einklang mit dem Grundsatz der Wirtschaftlichkeit der Haushaltssführung verwendet wurden. In diesem Abschnitt werden auch die eingeführten Kontrollverfahren beschrieben, die die notwendige Sicherheit bezüglich der Rechtmäßigkeit und Ordnungsmäßigkeit der zugrunde liegenden Vorgänge bieten (Teil IV).

Die Kriterien, nach denen die ETF-Direktorin entscheidet, ob ein Vorbehalt in die jährliche Zuverlässigkeitserklärung aufgenommen werden sollte, wurden auf der Grundlage einer im Jahr 2009 herausgegebenen IAS-Empfehlung festgelegt. Vor diesem Hintergrund meldet die ETF für das Jahr 2013 keine Vorhalte.

Teil IV ist die Zuverlässigkeitserklärung der Direktorin. Die in dem Bericht enthaltenen Informationen geben der Direktorin hinreichende Gewissheit, dass die der ETF im Jahr 2013 zugewiesenen Mittel für den beabsichtigten Zweck und nach den Grundsätzen einer wirtschaftlichen Haushaltssführung verwendet wurden und dass die eingeführten Kontrollverfahren die notwendigen Garantien für die Rechtmäßigkeit und Ordnungsmäßigkeit der zugrundeliegenden Vorgänge bieten.

Saulius ZYBARTAS (Litauen) begrüßt den Jährlichen Tätigkeitsbericht 2013 der ETF im Namen der Troika und drückt die Zufriedenheit der Vorstandsmitglieder mit den von der ETF im Jahr 2013

erzielten Ergebnissen aus. Die Analyse und Bewertung des Jährlichen Tätigkeitsberichts für 2013 spiegelt dies wider. Die in dem Bericht enthaltenen Informationen geben dem Vorstand hinreichende Gewissheit, dass die der ETF im Jahr 2013 zugewiesenen Mittel für den beabsichtigten Zweck und nach den Grundsätzen einer wirtschaftlichen Haushaltsführung verwendet wurden und dass die eingeführten Kontrollverfahren die notwendigen Garantien für die Rechtmäßigkeit und Ordnungsmäßigkeit der zugrundeliegenden Vorgänge bieten.

Vor dem Hintergrund der vorstehenden Analyse und Bewertung **nimmt der Vorstand den Jährlichen Tätigkeitsbericht 2013 sowie die Analyse und Bewertung des Jährlichen Tätigkeitsberichts 2013 der ETF an**, welche an das Europäische Parlament, den Europäischen Rat, die Europäische Kommission, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Europäischen Rechnungshof übermittelt werden.

5. ETF-Jahresabschluss 2013

Martine SMIT, Rechnungsführerin der ETF, stellt den Jahresabschluss 2013 vor.

Der Jahresabschluss wurde gemäß Titel VII der Haushaltssordnung erstellt und vorgestellt. Die angewandten Standards entsprechen jenen, die von der Europäischen Kommission und allen anderen EU-Einrichtungen angewandt werden.

Der Jahresabschluss wurde vom Rechnungshof geprüft und die ETF hat den vom Hof am 21. Mai 2013 angenommenen Entwurf der vorläufigen Bemerkungen erhalten. Es wurde eine Kopie des Berichts verteilt.

Alastair MACPHAIL (ETF) stellt den Bericht des Rechnungshofs vor, dem zufolge die Jahresrechnung ihre finanzielle Lage mit Stand 31. Dezember 2013 sowie das operative Ergebnis und den Cashflow für das Jahr gemäß den Bestimmungen der Haushaltssordnung insgesamt sachgerecht darstellt. Die Stellungnahme des Rechnungshofs bildet die Grundlage für die Entlastung durch das Europäische Parlament (EP). Das EP bereitet derzeit die Entlastung für das Haushaltsjahr 2012 vor.

Die Erklärung der Direktorin und ihr Ausdruck des Vertrauens in die Prüfungen und Vorgänge der ETF werden in den Jährlichen Tätigkeitsbericht 2013 aufgenommen.

Die Hauptelemente des Berichts sind:

Bilanz: Die Bilanzsumme ist mehr als doppelt so hoch wie im Jahr 2012. Dies ist vor allem auf eine Zunahme der Kassenmitteläquivalente zurückzuführen. Der Grund für diese Zunahme sind die erste Tranche des am 31. Dezember zugewiesenen Zuschusses für 2014 und die im Jahr 2013 eingegangenen Vorauszahlungen für die GEMM- und FRAME-Projekte.

Wirtschaftliches Ergebnis: Das wirtschaftliche Ergebnis weist einen Überschuss aus, der alle möglichen bevorstehenden Veranstaltungen umfasst und nicht der Betrag ist, der an die Europäische Kommission zurückzuzahlen ist. Das wirtschaftliche Ergebnis wird unter den kumulierten Nettovermögenswerten des kommenden Jahres verbucht. Die wichtigste Änderung ist auf die Auflösung von Rückstellungen zurückzuführen. Die bislang noch offenen Rechtsfälle sind nun geschlossen und wurden von der ETF gewonnen, und die Rückstellung für die Anpassung der Bezüge wurde annulliert, da dies nun vom Rat gebilligt wurde mit dem Ergebnis, dass die Bezüge zurückgezahlt werden müssen.

Veränderung der Nettovermögenswerte: Die einzige Veränderung der Nettovermögenswerte ist das wirtschaftliche Ergebnis. Dies führt zu einer Veränderung der Nettovermögenswerte in der Bilanz.

Cashflow: Trotz ständiger Überwachung und des insgesamt hohen Anteils an ausgeführten Zahlungsermächtigungen (95,72 %) gibt es eine starke Zunahme aufgrund der Tatsache, dass die ETF die erste Tranche des Zuschusses für 2014 am 31. Dezember erhalten hat. Außerdem gingen im Jahr 2013 Vorauszahlungen für die GEMM- und FRAME-Projekte ein.

Der Haushalt besteht aus Verpflichtungs- und Zahlungsermächtigungen. Verpflichtungen decken rechtliche Verpflichtungen ab. Die zweckgebundenen Mittel bestehen aus der Wiederverwendung von Mitteln für die Titel 1,2 und 3 durch die Wiedereinziehung von Ausgaben, das GEMM-Projekt (GD DEVCO), das FRAME-Projekt (GD ELARG) und den italienischen Treuhandfonds – italienisches Außenministerium.

Von den 20 143 500 EUR, die der Stiftung als Zuschuss für das Jahr 2013 zugewiesen wurden, hat die ETF 99,78 % gebunden und damit an die gute Leistung der vorangegangenen Jahre angeknüpft (99,91 % für 2012).

Gemäß der Haushaltssordnung sind die für den ETF-Zuschuss erhaltenen Zinsen an die Europäische Kommission zurückzuzahlen. Der Zinsbetrag, den die ETF im Jahr 2013 erhalten hat, beläuft sich auf 40 686,73 EUR (ETF-Zuschuss: 32 372,07 EUR, GEMM-Projekt: 3514,02 EUR, FRAME-Projekt: 4377,02 EUR). Für alle übrigen zweckgebundenen Mittel hängt dies von der einzelnen Vereinbarung ab. Betrag der vom italienischen Treuhandfonds generierten Zinsen: 314,66 EUR, die im Haushalt 2014 wiederverwendet werden.

Micheline SCHEYNS (Belgien) erkundigt sich, ob die ETF die Zinseinnahmen aus dem EU-Zuschuss behalten und verwenden könne. António SILVA MENDES (GD EAC) erwidert, dass die ETF gemäß der neuen Haushaltssordnung von 2014 in der Lage sein werde, die Zinsen zu behalten. Er fügt hinzu, dass der Zuschuss in Tranchen gezahlt werde und nur geringe Zinseinnahmen erzielt würden.

Der Jahresabschluss 2013 der ETF wird vom Vorstand angenommen.

6. Berichtigungshaushaltsplan 2014

Alastair MACPHAIL (ETF) stellt den Berichtigungshaushaltsplan 2014 vor, der die bestehenden und neuen zweckgebundenen Einnahmen, die zum Zeitpunkt der Annahme des Haushalts (November 2013 für den Haushalt 2014) nicht festgelegt waren, sowie die im Jahr 2014 durchgeführte Übertragung von Haushaltsmitteln enthält.

Es gibt keine Änderungen an dem Zuschuss, den die ETF von der Europäischen Kommission erhält.

In den Berichtigungshaushaltsplan wird ein aus den Vorjahren stammender Betrag in Höhe von 24 682,22 EUR aufgenommen, der der ETF durch den Treuhandfonds des italienischen Außenministeriums zugewiesen wurde. Die kumulierten Zinsen des Jahres 2013 belaufen sich auf 314,66 EUR und werden nach Zustimmung des italienischen Ministeriums als neue Mittel in einen künftigen Berichtigungshaushaltsplan aufgenommen.

Die Mittelausstattung des ETF-Projekts „Governance for Employability in the Mediterranean“ (GEMM) beträgt 3 130 000 EUR (der Beitrag der ETF beträgt 1 130 000 EUR). Das Projekt startete im Jahr 2013 und soll 2015 abgeschlossen sein. Der Berichtigungshaushaltsplan umfasst den Betrag in Höhe von 472 663,40 EUR, der von den Vorauszahlungen für das GEMM-Projekt im Jahr 2013 noch übrig geblieben ist, welche sich auf 594 721,60 EUR beliefen. Ferner umfasst er die 952 520,00 EUR, die von der GD DEVCO im April 2014 als zweite Tranche der Vorauszahlung eingingen.

Die Mittelausstattung des „Frame Skills for the Future“-Projekts (FRAME) beläuft sich auf 1 400 000 EUR. Das Projekt startete im Jahr 2013 und soll 2014 abgeschlossen sein. Der Berichtigungshaushaltsplan umfasst den Betrag in Höhe von 788 355,23 EUR, der von der Tranche

für das FRAME-Projekt im Jahr 2013 noch übrig geblieben ist, welche sich auf 1 249 800 EUR belief. Die letzte Tranche für dieses Projekt in Höhe von 150 200 EUR soll Ende 2014 zugewiesen und in einen künftigen Berichtigungshaushaltsplan aufgenommen werden.

In den ersten Monaten des Jahres 2014 nahm die ETF im Auftrag der Direktorin nur eine Mittelübertragung vor, um den Haushalt an den tatsächlichen Bedarf anzupassen. Die vorgeschlagene Neuverteilung der Ausgaben umfasst Änderungen in den Bereichen Schulung, soziale Tätigkeiten und Kantine, Interim-Dienstleistungen im Zusammenhang mit Abwesenheiten von ETF-Bediensteten, Einstellungskosten, höhere Abfallgebühren und die Organisation der Sitzung der IALN-Arbeitsgruppe und beläuft sich auf insgesamt 172 170 EUR (0,85 % des Gesamtzuschusses).

Der Betrag von 24 682,22 EUR, der von den in den vorangegangenen Jahren zugewiesenen Mitteln des italienischen Außenministeriums übrig geblieben ist, wird zur Unterstützung des Abschlusses und der Bezahlung vereinbarter Tätigkeiten im Libanon eingesetzt.

2013 wurde der ETF ein Betrag in Höhe von 594 721,60 EUR als erste Vorauszahlung für das GEMM-Projekt (Governance for Employability in the Mediterranean) zugewiesen. Der in diesem Berichtigungshaushaltsplan als verfügbare Mittel aus den Vorjahren enthaltene Betrag von 472 663,40 EUR ist Teil dieser ersten Vorauszahlung und wird verwendet, um die in der Projektphase von 2013 vereinbarten Tätigkeiten abzuschließen und zu bezahlen. Die als zweite Vorauszahlung für das GEMM-Projekt zugewiesenen 952 520,00 EUR werden für die in der Projektphase 2014 geplanten Tätigkeiten verwendet.

2013 wurden der ETF von der GD ELARG 1 249 800,00 EUR als Vorauszahlung für den für das FRAME-Projekt (Frame Skills for the Future), das im Zeitraum 2013-2014 umgesetzt werden soll, vorgesehenen Betrag in Höhe von 1 400 000 EUR zugewiesen. Der in diesem Berichtigungshaushaltsplan enthaltene Betrag in Höhe von 788 355,23 EUR ist Teil dieser ersten Tranche und wird verwendet, um die in der Projektphase von 2013 vereinbarten Tätigkeiten abzuschließen und zu bezahlen.

Der Vorstand nimmt den Berichtigungshaushaltsplan 2014 der ETF an.

7. Entwurf des Arbeitsprogramms 2015

Xavier MATHEU und Madlen SERBAN (ETF) stellen den Entwurf des Arbeitsprogramms 2015 vor.

Dieses Dokument ist Teil der „Strategie 2020“ der ETF und die vorgeschlagenen Ziele tragen zur Verwirklichung der beiden gesetzten Ziele bei, wobei das erste sich auf faktengestützte Politikgestaltung (zur Unterstützung der Kenntnisse und Kapazitäten des Partnerlandes in allen Phasen des Zyklus der Berufsbildungspolitik mit dem Ziel der Erzeugung von Innovation und nachhaltiger Entwicklung) und das zweite sich auf die politische Unterstützung durch die EU (zur Unterstützung der externen Dimension der EU-Politik im Bereich Humankapitalentwicklung) bezieht. Infolgedessen wird die ETF zu den folgenden langfristigen Ergebnissen in den Partnerländern beitragen: eine wirksamere Gestaltung der Berufsbildungspolitik mit besserer Governance und erhöhter Beschäftigungsfähigkeit sowie einem verbesserten sozialen und territorialen Zusammenhalt.

Mit dem Arbeitsprogramm 2015 werden die in der Mittelfristigen Perspektive für 2014-2017 enthaltenen strategischen Ziele weiterentwickelt. Dies wird durch mehrjährige Länderstrategieperspektiven ergänzt, die Detailinformationen zu den Herausforderungen, Prioritäten und Modalitäten der Interventionen, zeitlichen Perspektiven und erwarteten Ergebnisse bereitstellen.

Der strategieorientierte Ansatz der ETF geht von drei strategischen Zielen: i) Verstärkung der faktengestützten Analyse der Berufsbildungspolitik, ii) Modernisierung der Berufsbildungssysteme und iii) Verstärkung der Relevanz von Berufsbildungsmaßnahmen in Bezug auf den Arbeitsmarkt sowie

den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt; sieben Themenbereichen sowie faktengestützten politischen Analysen aus.

2015 wird die ETF damit fortfahren, die Kapazität für die Gestaltung der Politik in Bezug auf die Humankapitalentwicklung aufzubauen und zu stärken, indem sie auf Analysen des Berufsbildungssystems, wie die politischen Analysen des Turin-Prozesses und die Initiative zur Projektion der Reformauswirkung in der Berufsbildung (PRIME, Projecting Reform Impact in VET), zurückgreift. Auf Ersuchen der GD EMPL wird die ETF mit der Vorbereitung der Überprüfungen der Beschäftigungsfähigkeit für Südosteuropa und die Türkei, die südlichen und östlichen Mittelmeerländer und Osteuropa fortfahren. In Zusammenarbeit mit der GD ENTR, der OECD und der EBWE wird die ETF Bewertungen des „Small Business Act“ in Südosteuropa und der Türkei und in Osteuropa durchführen und die Europäische Kommission bei der IPA II, ENI- oder DCI-Programmierung und bei der Projektfindung und -formulierung unterstützen.

Insgesamt 27 Länder beteiligen sich am Turin-Prozess 2014 (mit Ausnahme von Island, Syrien und Turkmenistan). Die Maßnahme wurde bereits in 19 Ländern in Gang gesetzt und es fanden Diagnosesitzungen statt. Am 19. Juni war eine Veranstaltung in Libyen geplant, die wegen der Lage im Land jedoch verschoben wurde. In Südosteuropa und der Türkei berücksichtigt der Turin-Prozess Erkenntnisse aus den Berichten des FRAME-Projekts und des Brügge-Prozesses und bietet eine umfassende Sicht auf die Berufsbildung. Die Validierungssitzungen sollen ab September organisiert werden. In allen vorgenannten 19 Ländern wurden in dieser Phase 31 Prioritäten vorläufig bestätigt und neun neu entstandene Bedürfnisse ermittelt. Diese stimmen mit den Landes- und Regionalberichten des Turin-Prozesses 2012 überein.

Die Ergebnisse des Turin-Prozesses werden sich auf die mehrjährigen Länderstrategieperspektiven im Hinblick auf Tätigkeiten und nicht im Hinblick auf mehrjährige Ziele oder Ergebnisse auswirken.

Ferner untersucht die ETF die höhere interne und externe Wirksamkeit der Berufsbildung in den Partnerländern.

2015 besteht das Ziel in der Erhöhung der *internen Wirksamkeit der Berufsbildung* in den Partnerländern durch Governance auf verschiedenen Ebenen im Kontext des Berufsbildungssystems, Qualitätssicherung, Lernen und Lehren und in der Unterstützung der Umsetzung und Überwachung entsprechender Programme und Projekte der Europäischen Kommission.

Die Erhöhung der *externen Wirksamkeit der Berufsbildung* in den Partnerländern soll durch Qualifikationen, Beschäftigungschancen und Beschäftigungsfähigkeit, Kompetenzen und Migration, unternehmerisches Lernen und unternehmerische Fähigkeiten und durch die Förderung der Umsetzung und Überwachung entsprechender Programme und Projekte der Europäischen Kommission unterstützt werden.

Xavier MATHEU (ETF) stellt die im Jahr 2014 geplanten Hauptinterventionen vor, die nach strategischen Zielen und Regionen zusammengefasst sind. Das Arbeitsprogramm beschreibt, wie der jeweilige Themenbereich auf regionaler und Landesebene angegangen wird, und umfasst konkrete Maßnahmen/Projekte und erwartete Ergebnisse für die Projekte/Interventionen entsprechend der Region/dem Land.

Die Festlegung der Jahresziele stützt sich auf die Annahme, dass die im Kommissionsvorschlag für einen mehrjährigen Finanzrahmen für die ETF vorgesehenen Ressourcen und Bediensteten verfügbar sein werden, d. h. 133 Stellen für 2015 (134 im Jahr 2014) und 20,144 Mio. EUR (4,443 Mio. EUR für Titel 3, 4,983 Mio. EUR im Jahr 2014), die sich aus Beiträgen in Höhe von 19,944 Mio. EUR aus dem Zuschuss und 0,2 Mio. EUR von der GD EAC zusammensetzen, was dem von der ETF im Jahr 2013 erstatteten Betrag entspricht.

Infolge des gravierenden Ressourcenrückgangs ist die ETF bestrebt, auf Länderebene Wirkung zu erzielen. Deshalb werden Länder priorisiert, und jene, denen die EU eine hohe Priorität zuweist, werden diejenigen sein, deren Mittelausstattung das Erzielen von Wirkungen ermöglicht.

Bis zum 30. Juni wird zur dienststellenübergreifenden Konsultation eine Neufassung des Arbeitsprogramms erstellt, und die Stellungnahme der Kommission wird neben den vom Vorstand bereitgestellten Orientierungen die Länderprioritäten und die entsprechende Mittelzuweisung, eine Darstellung der in dem jeweiligen Land tätigen Geber, eine Auflistung der Veranstaltungen und Veröffentlichungen, die ersten Erkenntnisse des Turin-Prozesses und die politischen Prioritäten der Länder und der Bedarf an Unterstützung durch die ETF enthalten. Zusätzlich werden Wirkungsindikatoren für den Fortschritt der Länder in den verschiedenen Politikbereichen vorgeschlagen.

Ingrid MÜLLER-ROOSEN (Deutschland) dankt der ETF für das Entwurfspapier und die Vorstellung und äußert sich zur Notwendigkeit der Sicherstellung eines ausgewogenen Verhältnisses zwischen der Forderung nach Arbeit von hoher Qualität und der Verfügbarkeit der Ressourcen. Sie empfiehlt, die Diskussionen zu diesem Thema fortzusetzen. Sie fordert Klarstellungen zu den von der ETF im Hinblick auf die Priorisierung der Länder verwendeten Kriterien. Daraufhin wird ihr mitgeteilt, dass zwei Kriterien Anwendung finden: die Bereitschaft des Partnerlandes zur Zusammenarbeit mit der EU und sein Interesse an der Arbeit im Bereich Humankapitalentwicklung. Beispielsweise habe Turkmenistan eine Teilnahme am Turin-Prozess abgelehnt. ETF-Interventionen in den Partnerländern stützen sich auf eine Diagnose und werden in Abstimmung mit anderen im Bereich Humankapitalentwicklung tätigen Akteuren ausgestaltet.

Micheline SCHEYNS (Belgien) schlägt vor, dass Partnerländer auf der Grundlage des Turin-Prozesses 2014 zu einer Veranstaltung im Zusammenhang mit den Sitzungen der GD VET eingeladen werden könnten, um aus den Clustern der Mitgliedstaaten zum Erlernen politischen Handelns, die gemäß den Diskussionen während der letzten Sitzung der GD VET eingerichtet werden sollen, Nutzen zu ziehen. Die Direktorin begrüßt den Vorschlag und erklärt, dass der Turin-Prozess einen Rahmen von Bausteinen nutzt, der den im Communiqué von Brügge festgelegten kurzfristigen Leistungen Rechnung trägt. Das Erlernen politischen Handelns mit den Partnerländern ist nicht das Gleiche wie in den Mitgliedstaaten, aber Vertreter aus den Clustern der Mitgliedstaaten könnten eingeladen werden, um über ihre Erfahrungen in dem jeweiligen Politikbereich zu sprechen. Die ETF bietet Vertretern von Kandidatenländern zudem die Möglichkeit, von ihrer Anwesenheit in den Sitzungen der GD VET und ACVT zu profitieren, indem sie Vorbereitungssitzungen organisieren, wie dies von der ETF im Mai 2014 angestoßen wurde.

Tarja RIIHIMÄKI (Finnland) drückt ihre Zufriedenheit mit dem von der ETF genutzten leistungsbasierten Managementsystem aus, das in Kapitel 3.1 des Entwurfs des Arbeitsprogramms beschrieben wird. Sie schlägt eine ausführlichere Vorstellung in der nächsten Vorstandssitzung vor und dieser Vorschlag wird verabschiedet.

António SILVA MENDES (GD EAC) erinnert daran, dass die Kandidatenländer zur letzten Sitzung der GD VET eingeladen worden seien und an dieser teilgenommen hätten, wenngleich er darauf hinweist, dass es schwierig sein könnte, die Clustereinladungen auf andere Partnerländer auszudehnen. Er hält es für wichtig, die Diskussionen zur künftigen Rolle der ETF im Rahmen ihres gegenwärtigen Mandats fortzusetzen und den Rückgang der Ressourcen zu berücksichtigen. Nach seinem Hinweis auf die Bedeutung einer effizienten Arbeitsweise erklärt Herr SILVA MENDES, dass die ETF der verlängerte Arm der EU sei, der die politische Umsetzung in den Partnerländern tragen solle. Die Europäische Kommission könne in der nächsten Vorstandssitzung ein paar konkrete Vorschläge vorlegen. Er ermutigt zu weiteren Überlegungen hinsichtlich des Arbeitsprogramms, das ein hervorragender Ausgangspunkt sei, von dem aus man beginnen könne.

Gerhard SCHUMANN-HITZLER (GD ELARG) gratuliert der ETF zu ihrer Arbeit an der Erstellung des Dokuments, die zeige, dass die ETF auf die Erfordernisse und den Bedarf vor Ort reagiere. Er stimmt mit den vorgeschlagenen Zielen für 2015 überein, schlägt aber vor, die Begriffe *interne und externe Wirksamkeit der Berufsbildung*, die für Laien verwirrend sein könnten, genauer zu erläutern. Er begrüßt den Wechsel von der Ausarbeitung zur Umsetzung der Politik und schlägt vor, dies klar hervorzuheben. Dies bedeute, in den Partnerländern den Schritt zur Überwachung und Umsetzung der Politik zu tun. Er weist auf die fortdauernde Zusammenarbeit zwischen der GD ELARG und der ETF hin und erklärt, dass IPA II-Mittel für Follow-up-Maßnahmen zum laufenden FRAME-Projekt bereitgestellt werden könnten. Die neuen Maßnahmen des FRAME II-Projekts sollten im Zusammenhang mit den neuen Prioritäten der Region mit dem Schwerpunkt auf wirtschaftlicher Governance entwickelt werden, die mit der Notwendigkeit der Verwendung öffentlicher Mittel zur Sicherstellung von Wettbewerbsfähigkeit und Wachstum, mit mehr Arbeitsplätzen und nachhaltiger Entwicklung, verbunden sei. GD ELARG wolle die Kandidatenländer bei der Einführung von Sektorreformplänen unterstützen, und in der Zukunft würden die *länderspezifischen Empfehlungen* mit den Wirtschafts- und Finanzministern diskutiert werden, da die Europäische Kommission die Koordinierung von Maßnahmen anstrebe. In diesem Zusammenhang sei allgemeine und berufliche Bildung kein Ziel an sich - die Idee sei, die Menschen mit den richtigen Qualifikationen auszustatten, damit sie die Angebote des Arbeitsmarktes nutzen könnten. In dieser Hinsicht habe die ETF gemeinsam mit dem Regionalen Kooperationsrat im Rahmen der Strategie „Südosteuropa 2020“ bei der Überwachung der Umsetzung und der Weitergabe von Ergebnissen und Informationen sowie im Rahmen der EU-Strategie für den Donauraum eine Rolle zu spielen. Gleichzeitig solle die ETF ihr Augenmerk weiter auf tatsächliche Beiträge zur Verbesserung der Situation legen, und er weist darauf hin, dass der Dialog mit den Kommissionsdienststellen über Indikatoren gut voranschreite.

Luis RIERA FIGUERAS (GD DEVCO) gratuliert der ETF ebenfalls zum Entwurf des Arbeitsprogramms 2015 und bezeichnet diesen als wichtiges Dokument für eine engere Zusammenarbeit. Bislang habe die GD DEVCO ihr Augenmerk auf Grundbildung im Hinblick auf die Erreichung der MZ gelegt. Allerdings komme der Bildung auch die Rolle zu, Beschäftigungsfähigkeit, Wachstum und Zusammenhalt sicherzustellen. Vor diesem Hintergrund sei die Arbeit der ETF zunehmend von Bedeutung. Er unterstützt ferner den Vorschlag, dass die ETF sich weiter in Richtung Wirkung und Relevanz bewegen solle, wenngleich es im Falle der allgemeinen und beruflichen Bildung einige Zeit dauere, bis die Wirkung erkennbar werde. Nichtsdestotrotz solle die ETF bereit sein, die Wirkung ihrer Tätigkeiten darzustellen.

Die GD DEVCO habe beschlossen, die Interventionsbereiche auf drei Schwerpunktsektoren je Land zu beschränken. Ein angebotener Schwerpunktsektor sei der Bereich Beschäftigungschancen und Beschäftigungsfähigkeit. Im Anschluss an den Dialog mit den Partnerländern hätten 30 Länder Beschäftigungschancen und Beschäftigungsfähigkeit als einen der Schwerpunktsektoren gewählt, und von diesen 30 Ländern seien elf Länder zudem ETF-Partnerländer aus der östlichen Nachbarschaftsregion, der südlichen Nachbarschaftsregion und Zentralasien. Für die GD DEVCO werde die Priorität von der Entscheidung der Länder zur Arbeit im Bereich Beschäftigungschancen und Beschäftigungsfähigkeit geleitet. Die GD DEVCO werde die Diskussionen mit den Mitgliedstaaten über bilaterale Programmierung fortführen, und im Anschluss daran werde sie zudem die ETF und interessierte Mitgliedstaaten zu einer Koordinierungssitzung zum Thema Beschäftigungschancen und Beschäftigungsfähigkeit einladen. Es sei außerdem wichtig, dass die EU-Delegationen und die für die bilaterale Zusammenarbeit zuständigen Einrichtungen der Mitgliedstaaten in diesem Bereich auf lokaler Ebene zusammenarbeiten.

Torben Kornbech RASMUSSEN (Dänemark) war ein Mitglied der Arbeitsgruppe des Vorstands zum Arbeitsprogramm. Er stellt fest, dass der in der Sitzung vorgestellte Entwurf im Vergleich zur früheren Fassung eine Verbesserung darstelle und die Empfehlungen der Arbeitsgruppe widerspiegle. Er begrüßt Aufbau und Inhalt des Dokuments, insbesondere die Kapitel über den Kontext der EU-Politik

und die Partnerländer. Außerdem lobt er die Verschiebung des Augenmerks auf die Umsetzung und Überwachung der Politik und bekräftigt die Notwendigkeit eines Anteils an leitenden Bediensteten.

Sara PARKIN (vom Europäischen Parlament benannte unabhängige Sachverständige) fordert den Vorstand auf, über den Begriff der Widerstandsfähigkeit im Entwurf des Arbeitsprogramms 2015 nachzudenken. Ihrer Ansicht nach sei es nun an der Zeit, dass die ETF die Idee, Länder dabei zu unterstützen, widerstandsfähiger zu werden, konsolidiere. Wenn Informationen zur Frage, wie Beschäftigung aussehen wird und welche Qualifikationen benötigt werden, um wirtschaftliche Widerstandsfähigkeit sicherzustellen, verfügbar wären, würde man leichter wissen, wie man investieren müsse. Die Widerstandsfähigkeit von Institutionen im Hinblick auf vielfältige Möglichkeiten sei ebenso relevant.

Saulius ZYBARTAS (Litauen) informiert als Mitglied der Troika den Vorstand über die in der informellen Sitzung stattgefundenen Diskussionen. Er hebt eine Forderung Polens zur Einleitung von Änderungen im Zusammenhang mit der Beziehung der Partnerländer zu Belarus und der Ukraine hervor.

8. Bericht über die Arbeitsgruppe des Vorstands zu den Verwaltungskosten und der Kommunikationsstrategie der ETF

Gemäß Artikel 7 der Geschäftsordnung des ETF-Vorstands (ETF-GB-09-015) vereinbarte der Vorstand in der Sitzung vom 22. November 2013 in Turin die Einrichtung einer Arbeitsgruppe zur Fortführung der Analyse und Bewertung der Verwaltungskosten der ETF und zur weiteren Untersuchung der Kommunikationsstrategie der ETF. Die Arbeitsgruppe setzt sich zusammen aus Reinhard Nöbauer (Österreich), Michel LEFRANC (Frankreich) und Ingrid MÜLLER-ROOSEN (Deutschland). Die Gruppe trat am 20. März 2014 in Turin zusammen.

Die Diskussion über die Verwaltungskosten fand vor dem Hintergrund von Haushaltskürzungen statt. Obwohl die ETF sich sehr bemüht hat, die Verwaltungskosten zu senken, besteht weiterhin Handlungsbedarf, da die Kürzungen die Reduzierung der Anzahl der Sitzungen auf eine pro Jahr erforderlich machen könnten.

Die Übersetzungs- und Dolmetschkosten sind weiterhin hoch. Die eingereichten Vorschläge haben nicht zum Ziel, die offizielle Sprachenregelung gemäß Artikel 8 Absatz 2 der Verordnung und Artikel 10 der Geschäftsordnung zu ändern.

Folgende Vorschläge wurden vorgelegt:

- Aufbau der Dokumente: Jedem Planungsdokument ist eine Zusammenfassung von maximal fünf Seiten beizufügen, in der alle Schlüsselemente enthalten sind.
- Die Verdolmetschung erfolgt weiterhin in fünf Sprachen, es sei denn, der Vertreter, der eine Sprache benötigt, meldet sich nicht fristgemäß für die Vorstandssitzung an.
- Alle Planungs- und Berichtsdokumente werden in englischer Sprache erstellt. Nur die Zusammenfassungen, Haushaldsdocuments wie der Jahresabschluss und die Analyse und Bewertung des Jährlichen Tätigkeitsberichts werden in die übrigen vier Arbeitssprachen des Vorstands übersetzt.

Im Hinblick auf die organisatorischen Aspekte der Vorstandssitzungen schlägt die Gruppe vor, wesentliche Aspekte der ETF-Tätigkeiten, die in der informellen Sitzung diskutiert werden sollen, in das Einladungsschreiben aufzunehmen. Um die Sichtbarkeit der Arbeit der ETF in den Partnerländern zu erhöhen, schlägt sie vor, am Vortag der Vorstandssitzung ein konkretes aktuelles Thema der Arbeit

der ETF vorzustellen. Die Vorstellung der EU-Entwicklungen sollte stärker auf die ETF ausgerichtet sein.

Hinsichtlich der Kommunikationsstrategie der ETF schlägt die Gruppe vor, einen kurzen Videoclip über die Kommunikationstätigkeiten der ETF zu produzieren, die Kommunikationsstrategie der ETF in der nächsten Vorstandssitzung vorzustellen und ein kurzes Papier zu erstellen, in dem die Kommunikationsstrategie der ETF beschrieben ist.

Es wurden mehrere Empfehlungen zur Erhöhung der Sichtbarkeit der Arbeit der ETF gegeben:

- Ermittlung und Steigerung des Bekanntheitsgrads der Agentur in den Mitgliedstaaten durch die Organisation von Veranstaltungen in den Mitgliedstaaten; dabei wird den Ländern, die den EU-Ratsvorsitz führen, Vorrang gegeben;
- Erweiterung ihres Kommunikationsnetzwerks durch die Nutzung von Vertretungen der Europäischen Kommission, Cedefop-ReferNet-Kontaktstellen (falls zwischen der GD EAC und dem Cedefop vereinbart), des Europäischen Netzwerks für die Politik der lebensbegleitenden Beratung (European Lifelong Guidance Policy Network, ELGPN) usw.;
- ein ETF-Plakat und ein einseitiges Kommunikationspapier, in dem die Unterschiede zwischen der ETF und dem Cedefop vorgestellt werden;
- Koordinierungssitzungen der Geber in den Partnerländern, die von den EU-Delegationen und/oder nationalen Behörden mit Unterstützung der ETF organisiert werden. Dadurch würden eine bessere Darstellung der Interventionen der Geber sichergestellt, eine langfristige Vision bereitgestellt und ein Beitrag zur EU-Programmierung im Bereich Humankapitalentwicklung geleistet;
- mehr Informationen über EU-Finanzierungsmöglichkeiten für die Berufsbildung.

György SZENT-LÉLEKY (Ungarn) dankt den Mitgliedern der Gruppe für ihre Arbeit und billigt den Vorschlag für Dokumente in englischer Sprache und übersetzte Zusammenfassungen in den übrigen vier Sprachen. Er empfiehlt, die Abhaltung von zwei Sitzungen pro Jahr beizubehalten. Seiner Ansicht nach ist die Kommunikation der ETF ausgezeichnet, neue Ansätze könnten jedoch jederzeit hinzugefügt werden.

Torben Kornbech RASMUSSEN (Dänemark) äußert sich positiv in Bezug auf die bislang erfolgreiche Senkung der Verwaltungskosten. Die ersten Empfehlungen seien ursprünglich in der Zeit des dänischen Ratsvorsitzes herausgegeben worden. Er unterstützt die Idee, zweimal jährlich eine Vorstandssitzung abzuhalten und nur die Zusammenfassung der Dokumente in die übrigen vier Sprachen übersetzen zu lassen.

Micheline SCHEYNS (Belgien) dankt den Kollegen für ihre Arbeit und bezeichnet die Empfehlungen als gute Grundlage für die Erzielung eines Konsenses. Ferner unterstützt sie den Vorschlag, nur die Zusammenfassungen der Dokumente übersetzen zu lassen, und spricht sich für zwei Sitzungen pro Jahr aus. Im Hinblick auf die Kommunikation hält sie es für wichtig, die Unterschiede zwischen der ETF und dem Cedefop besser herauszustellen und genauer zu erläutern, wie die Arbeit der ETF sich auf das Leben des Normalbürgers auswirkt.

Daniele RAMPAZZO (Italien) dankt der Arbeitsgruppe für die Vorschläge. Er betont, dass die Sprachenregelung ein sensibles Thema sei, das über Haushaltsprobleme hinausreiche. Er schlägt vor, diesbezüglich die Meinung der Europäischen Kommission einzuholen. Im Hinblick auf die Kommunikation sei der italienische Ratsvorsitz bereit, mit der ETF zusammenzuarbeiten. Er

unterstützt die Idee, sich an ein größeres Zielpublikum zu richten, um ihm die Arbeit der ETF zu erklären.

Ian PEGG (Vereinigtes Königreich) gratuliert der ETF zu ihrer hervorragenden Arbeit und ermutigt dazu, die Erfolge der ETF offensiver herauszustellen. Seiner Ansicht nach zeige die Arbeit der ETF Wirkung und dies müsse besser kommuniziert werden. Ferner gratuliert er dem Kommunikationsteam der ETF zur Gold Quill-Auszeichnung für Kommunikation.

Gema CAVADA (Spanien) dankt der Arbeitsgruppe für die geleistete Arbeit und äußert die Hoffnung, dass sie sich durch den spanischen Standpunkt, der ihre Vorschläge zum Teil nicht akzeptiere, nicht angegriffen fühle. Sie setzt die Vorstandsmitglieder davon in Kenntnis, dass über die Sprachenregelung nach Auffassung des spanischen Außenministeriums nicht im Vorstand, sondern auf höherer Ebene entschieden werden solle. Der offizielle Standpunkt Spaniens sei mit Unterstützung des Vorstandssekretariats an alle Mitglieder versandt worden. Sie betont die Notwendigkeit, eine Formel zu finden, um die Effizienz der Kommunikation zu erhöhen; dies solle jedoch nicht durch die Abschaffung der Übersetzung in die Amtssprachen erfolgen, sondern es müsse nach einer Lösung gesucht werden, die für alle akzeptabel sei.

Der Vorsitzende weist die Vorstandsmitglieder darauf hin, dass für die Genehmigung der von der Arbeitsgruppe eingereichten Empfehlungen Einstimmigkeit erforderlich sei. Seiner Ansicht nach sei es auch notwendig, Konsultationen in den Hauptstädten abzuhalten, doch die endgültige Entscheidung müsse der Vorstand treffen. Als Beispiel führt er die Situation der Kommission an, die zwar drei Arbeitssprachen habe, die meisten Arbeitsdokumente aber in englischer Sprache, einige in französischer und fast gar keine in deutscher Sprache abfassen lasse. Bei einigen von der GD EAC organisierten Veranstaltungen erfolge die Verdolmetschung in drei oder fünf Sprachen oder in fünf Sprachen sowie zusätzlich in die Sprache des Ratsvorsitzes und mitunter in acht bis zehn Sprachen. Es sei wichtig herauszustellen, dass der Vorstand seine Effizienz steigern und zu kollegialer Zusammenarbeit fähig sein müsse. Insoweit befürworte er die Idee, zwei Sitzungen pro Jahr abzuhalten. Er empfiehlt den Vorstandsmitgliedern, die Diskussionen weiterzuführen; diese müssten jedoch zielgerichteter sein, damit die Effizienz ihrer Arbeit sichergestellt werde.

Lukas ZAHILLAS (Beobachter des Cedefop) begrüßt die Bemerkungen und Vorschläge zur Erhöhung der Sichtbarkeit der Arbeit von ETF und Cedefop und zur Herausstellung der Unterschiede zwischen den beiden Organisationen, die bei einigen Projekten eng zusammenarbeiteten, die ihnen zur Verfügung stehenden Ressourcen ausschöpften, aber ihre eigene Identität bewahrten. Pro Jahr würden zwei gemeinsame Seminare veranstaltet, und ein Thema für den Wissensaustausch im Jahr 2014 sei die Kommunikationsstrategie.

Sara PARKIN (vom Europäischen Parlament benannte unabhängige Sachverständige) gratuliert der Arbeitsgruppe zu ihrer Arbeit und dem Kommunikationsteam der ETF zu seiner Strategie. Sie empfiehlt nachdrücklich eine ausführlichere Präsentation in der Novembersitzung des Vorstands sowie die Nutzung einer Reihe von Instrumenten zur Erzielung besserer Ergebnisse.

Karl WIECZOREK (Österreich) erkundigt sich, ob die übersetzten Dokumente im Zusammenhang mit anderen Institutionen genutzt werden oder nur für den Vorstand gedacht sind. Daraufhin wird ihm bestätigt, dass die Dokumente ausschließlich für die Vorstandsmitglieder übersetzt würden, da der Schriftverkehr mit Parlament und Kommission in englischer Sprache erfolge.

Gerhard SCHUMANN-HITZLER (GD Erweiterung) zollt der Kommunikationsarbeit der ETF Anerkennung und weist darauf hin, dass es wichtig sei, das Zielpublikum zu bestimmen und die Arbeit anhand von Beispielen aus der Praxis darzustellen. Er schlägt vor, im Rahmen der Vorbereitung des 20. Jahrestags verschiedenen Zielgruppen einige Beispiele bewährter Verfahren, Erfolgsgeschichten und sonstige Beispiele vorzustellen. Außerdem empfiehlt er, deutlich zu erklären, was Berufsbildung

ist, und Materialien herzustellen, die verdeutlichen, was die ETF tut, für wen sie dies tut und welche Ergebnisse sie erzielt. Hinsichtlich der Sprachenregelung empfiehlt er eine pragmatische Herangehensweise und schlägt vor, nach Möglichkeiten zur Reduzierung der Menge an Dokumenten zu suchen. Die Idee, für lange und strategische Dokumente Zusammenfassungen mit kurzen und klaren Informationen bereitzustellen, wird begrüßt.

Juraj VANTUCH (Slowakei) empfiehlt, im Rahmen der Kommunikationsstrategie auch auf Fachleute abzuzielen, da sie genau wie der Normalbürger eine wichtige Zielgruppe darstellten. Er spricht sich zwar für kürzere Dokumente aus, ist sich aber bewusst, dass dies die ETF unter Druck setzen könnte, mehr Informationen bereitzustellen. Nach seiner Auffassung solle der Vorstand in Bezug auf die Sprachenregelung einen Beschluss fassen, und wenngleich dies viel Zeit in Anspruch nehmen könnte, sei ein Beschluss im Hinblick auf die von Haushaltskürzungen bestimmte neue Situation notwendig.

Der Vorsitzende stellt fest, dass kein einstimmiges Ergebnis erzielt wurde, und empfiehlt, das Thema mit den zuständigen Behörden in den Mitgliedstaaten zu diskutieren. Seiner Ansicht nach sei es Aufgabe des Vorstands, über die Sprachenregelung zu entscheiden. Außerdem nimmt er den pragmatischen Ansatz zur Senkung der Übersetzungskosten zur Kenntnis. In der Analyse der Arbeitsgruppe sei die Übersetzung der Dokumente für die Vorstandssitzung als ein Bereich mit Einsparpotenzial ermittelt worden, wodurch die Gesamtkosten für die Organisation dieser Sitzungen deutlich gesenkt werden könnten. Er weist die Mitglieder darauf hin, dass die Arbeitsgruppe vor dem Hintergrund der angespannten Haushaltsslage der ETF gezeigt habe, dass die Beibehaltung der derzeitigen Übersetzungsregelung Einsparungen bei anderen Kostenkomponenten des Vorstands erforderlich machen würde, was die Beschränkung der Vorstandssitzungen auf eine Sitzung pro Jahr zur Folge hätte. Die Übersetzung von Zusammenfassungen sei ein sehr guter Ansatz, da auf diese Weise finanziellen Beschränkungen Rechnung getragen, die Kommunikation gefördert und höhere Sichtbarkeit im Hinblick auf die verschiedenen Entscheidungsträger der EU und der Partnerländer sichergestellt würde. Er erinnert daran, dass die Übersetzungen ausschließlich für die Mitglieder des Vorstands erstellt würden und nicht für die Haushaltsbehörde oder die Kommission, die lediglich die englische Version erhielten.

Seiner Ansicht nach solle die Arbeitsgruppe die Konsultationen auf nationaler Ebene fortsetzen; in einer weiteren Sitzung könne die Gruppe über Vorschläge entscheiden, die vom Vorstand einstimmig verabschiedet werden könnten.

Der Vorsitzende nimmt die Bereitschaft der Vorstandsmitglieder zur Kenntnis, Informationen über die Vorschläge mit ihren nationalen Behörden zu teilen und auf die Senkung der Verwaltungskosten hinzuwirken. Es wird vereinbart, dass der Vorsitzende allen Vorstandsmitgliedern ein Schreiben übermittelt, in dem diese aufgefordert werden, den betreffenden nationalen Behörden die Vorschläge der Arbeitsgruppe vorzulegen, um einen Beschluss in der nächsten Vorstandssitzung zu ermöglichen.

9. Mündliche Berichte

Die Zusammenfassung der Präsentationen ist im Anhang zu diesem Dokument enthalten.

10. Verschiedenes

Madlen SERBAN (ETF) informiert den Vorstand darüber, dass die Entschließung des Europäischen Parlaments vom 3. April 2014 betreffend die Entlastung für die Ausführung des Haushaltsplans der Agenturen der Europäischen Union für das Haushaltssjahr 2012, Ziffer 76, die Vorstandsmitglieder aller Agenturen dazu verpflichtet, ihre Lebensläufe und Interessenerklärungen bis zum 1. Dezember 2014 zu veröffentlichen. Zu diesem Zweck würden die Mitglieder aufgefordert, dem Sekretariat bis zum 3. November 2014 einen Kurzlebenslauf und eine Interessenerklärung zu übermitteln. Die Angaben würden auf der Website der ETF veröffentlicht.

Da es sich um die letzte Sitzung unter Vorsitz von Jan TRUSZCZYŃSKI handelt, ergreift Madlen SERBAN (ETF) im Namen der ETF und der Vorstandsmitglieder die Gelegenheit, dem Vorsitzenden für all seine Unterstützung während seiner Amtszeit zu danken und ihm einen langen und erfüllten Ruhestand und Gesundheit zu wünschen.

11. Datum der nächsten Sitzung

Die nächste Sitzung des Vorstands findet am 21. November 2014 in Turin statt. Für 2015 wird vorgeschlagen, die erste Sitzung auf den 5. Juni zu legen.

Follow-up-Maßnahmen:

- Die ETF muss die im Rahmen der Sitzung gemachten Vorschläge und Bemerkungen hinsichtlich des Entwurfs ihres Arbeitsprogramms 2015 prüfen.
- Die ETF muss ihr leistungsbasiertes Managementsystem in einer der nächsten Vorstandssitzungen vorstellen.
- Die ETF muss ihre Kommunikationsstrategie in einer der nächsten Vorstandssitzungen vorstellen.
- Der Vorsitzende übermittelt allen Vorstandsmitgliedern ein Schreiben, in dem diese aufgefordert werden, den betreffenden nationalen Behörden die Vorschläge der Arbeitsgruppe zu den Verwaltungskosten und zur Kommunikationsstrategie vorzulegen, um einen Beschluss in der nächsten Sitzung zu ermöglichen.
- Die Vorschläge der Arbeitsgruppe zu den Verwaltungskosten und zur Kommunikationsstrategie sind in die Tagesordnung der nächsten Sitzung aufzunehmen.
- Bis zum 3. November 2014 sollen die Vorstandsmitglieder dem Sekretariat der ETF ihre Lebensläufe und Interessenerklärungen zur Veröffentlichung auf der ETF-Website übermitteln.

ANNEX

9. Oral reports

Progress on Commission policies and programmes that have an impact on ETF

António SILVA MENDES and João SANTOS (DG EAC) presented the latest European Commission policies and programmes. They focussed on a few issues due to the fact that the presentation had already been distributed.

Education in the EU strategic agenda. At present a public consultation is ongoing on the **EU 2020 Strategy** from 5 May to 31 October 2014. This is in preparation for a review of the strategy and a means of gathering the opinions of the public on its further development. Education and training are expected to continue to be a centrepiece of the "Europe 2020" Strategy, in a more coherent and holistic manner.

As regards vocational education and training in Europe 2020, the key areas of intervention foreseen include excellence in growth, innovation and productivity embedding VET in economic development and innovation strategies, developing VET in higher education, new types of partnership involving all relevant players at local and regional levels (smart specialisation); reducing skills mismatch; preparing for future jobs; and supporting job creation.

Upcoming Bruges review. The VET Monitoring Report prepared by Cedefop in cooperation with the ETF is expected to be ready in September and will be followed in early 2015 by a review and definition of VET priorities, as well as a new set of short-term deliverables for 2015-17. The Communiqué should be adopted in mid-2015 in Riga and will link to the VET priorities in the EU2020 and ET2020 strategic frameworks.

VET focus for 2015-17. The general priorities put forward by stakeholders and foreseen by the Commission for 2015-17 are the following: quality (including quality assurance) and employability, attractiveness as an "end result" of reform measures, learning outcomes and the effective and meaningful use of tools, efficiency including funding and VET governance (partnerships with social partners at all levels; commitment of social partners). There will also be a thematic focus on: work-based learning, labour market relevance, monitoring of VET outcomes for evidence-based policies, teachers and trainers, English as a second language in VET and a stronger focus on continuing training. Mobility will continue to be a focus but as a tool for modernisation rather than a policy objective.

European area of skills and qualifications. The conference "Towards a European Area of Skills and Qualifications" was organised on 17 June 2014 in Brussels. It addressed the problems faced by learners and workers, the challenges in ensuring transparency and recognition of qualifications to support European mobility, and the progress in the implementation of existing tools and how they contribute to the European area of skills and qualifications.

A public consultation was organised by DG EAC at the beginning of 2014. By the closure on 15 April, they had received 83 position papers and 284 replies to a questionnaire (160 from organisations and 124 from individuals). They also carried out a Eurobarometer survey in April –May 2014.

International activities. On 26 May letters were exchanged between the Director General of DG EAC and representatives of the former Yugoslav Republic of Macedonia on the Erasmus + programme. On 5 June, the former Yugoslav Republic of Macedonia became an official member country of the programme.

A meeting of the inter-agency working group led by UNESCO was organised in Brussels and focussed on the latest developments in VET worldwide. UNESCO is currently preparing a new recommendation on TVET for adoption in 2015.

Furthermore, DG EAC has contracted a study which maps the state of play of existing policy measures and practices on internationalising VET implemented by EU/EFTA countries.

Gerhard SCHUMANN-HITZLER (DG ELARG) presented the latest developments in the area of enlargement.

The EU recently celebrated the tenth anniversary of the EU enlargement of 2004. There is general recognition that this enlargement was a great. The ETF played an important part in that process. For the current candidate and potential candidate countries, the situation is as follows:

Montenegro reached an important milestone by completing the screening process of all policy areas. Negotiations are ongoing on nine chapters out of 35. Two chapters are provisionally closed.

Serbia has made good progress since starting negotiations. The new government is very committed to EU integration and modernisation. The serious flooding in the spring however has resulted in setbacks.

Albania has been made progress in combating corruption but not all the member states are currently in agreement with granting candidate country status to Albania, following the recommendation of the European Commission.

Kosovo¹ finished negotiations on the Stability and Association Agreement and the document is ready to be signed. There is still an open question as to whether the five EU member states who do not recognise Kosovo's independence will accept the signature of the document by Kosovo alone or if the formula with UNMIK acting on behalf of the country should continue.

The former Yugoslav Republic of Macedonia is at a relative standstill. The last high level meeting on accession was cancelled because there is not enough willingness among the political parties to speed up the process.

In **Bosnia and Herzegovina** no progress has been registered on institutional structures, which involve many actors in very complex structures. The need to act on the flooding of the spring might help improving cooperation between the numerous parties involved. The new focus on competitiveness and employment where VET also plays an important role, might also bring new momentum.

In **Turkey** there is no progress on the political criteria. However, an evaluation of the customs union shows a positive impact for both Turkey and the EU and a shift of the focus towards trade and economic issues could bring fresh impetus to the dialogue between Turkey and the EU.

On 8 May, the Greek Presidency organised an EU-Western Balkans ministerial conference in Thessaloniki, which confirmed that all the countries of the region have a European perspective. In this context, is important to improve the links between the EU member states and the countries of the region, especially in areas such as transport and energy.

As presented at the last meeting of the Board, the enlargement strategy is based on the idea of "fundamentals first": from the outset, the countries need to comply with key principles such as the functioning of democratic institutions, respect of fundamental rights, minorities and respect of the rule

¹ This designation is without prejudice to positions on status, and is in line with UNSCR 1244 and the ICJ Opinion on the Kosovo Declaration of Independence.

of law. The second pillar of this approach is the economic governance. At the investment conference organised by EBRD in February, Commissioner Füle presented what is expected from the enlargement countries in terms of economic governance. This approach will be included in the enlargement strategy paper to be presented in October 2014. Under this approach the countries are requested to present every year National Economic Reform Programmes. These programmes will be assessed by the Commission and the Council will issue country specific recommendations. Every second year, countries will have to present Competitiveness and Growth Programmes including the sector reforms necessary for sustainable growth. The benchmarks for these reforms are those set out in the SEE 2020 Strategy. The ETF has an important role to play in monitoring those concerning education and training.

Financial assistance under the new Instrument for Pre-Accession Assistance for the next seven years (IPA II) follows a more strategic, long-term and comprehensive approach. This approach will be reflected in the strategic planning documents. In this respect, a Multi-country Strategy Paper has been approved recently by the member states and will be finalised in July. This document also includes a reference to the ETF and reflects the intention to continue cooperation within the framework of the FRAME II programme. The Country Strategy Papers will be presented to the member states in July during the IPA Committee and the intention is to present the approved country priorities at the next Board meeting.

Luis RIERA FIGUERAS (DG DEVCO) presented the latest developments in the area of development policy. Increasing importance is being paid to employment and employability issues in development cooperation overall, as well as specifically with the ETF in the Neighbourhood and Central Asian regions.

Programming

Of the 30 countries which will focus their programmes on employment and employability, 11 are ETF partner countries. Once the programming process is finalised, DG DEVCO intend to organise a coordination meeting with DG EAC and the ETF to discuss the different strategies in the countries in depth. DG DEVCO aims to have the programmes approved by the end of 2014 so that they can become operational as of 1 January 2015. Several meetings have already been organised with the member states, and once the new European Parliament becomes operational, its approval will also be sought.

Regional aspects

DG DEVCO is supporting the idea of a follow-up to the GEMM project managed by the ETF in the Southern and Eastern Mediterranean. The ETF's support for the SME entrepreneurial learning assessment in Eastern Europe and in the Central Asia Education Platform was also mentioned.

Sectors

In the development area, some sectors have recently gained a higher priority. These include food security and governance issues. The latter may cover public financing, the reform of the judicial system as well as education, both basic and in terms of employability. DG DEVCO is considering mainstreaming VET in all sectors.

Migrant skills

Recent years have seen an increase in fragility and lack of resilience along with displaced populations and refugees. In this context, DG DEVCO believes that the employment situation of such migrants should be tackled immediately, giving the example of Jordan where the high number of Syrian refugees requires an urgent response, especially in terms of employability.

Predictability and sustainability

An approved seven year budget sends a powerful message to countries, although the sectors selected for investment should also be indicated. In development, priority is given to fragile situations, to mobilising resources to ensure sustainability as well as exit strategies. In terms of VET it is important to work on different models of financing to ensure sustainability.

Budget support

The approach to the budget is shifting from a general one to sectoral contracts which focus on a particular sector. This could include VET.

Trends and developments at the ETF

The ETF prepared a complete summary of updates and developments which was tabled at the meeting and made available on the Governing Board area of the ETF website.

Madlen SERBAN (ETF Director) focussed her presentation on the selection process for the deputy director of the ETF, which has a new deadline for applications of 5 September. Interviews will be held on 3 October and the Board is asked to select a volunteer to act as an observer during the selection process. Information will be sent in a separate communication to the Board.

Following the suggestions of several members of the Board, the ETF invited a representative from Azerbaijan to present the latest developments in vocational education and training as well as the work they are doing with the ETF in the country.

Seymur IZMAYILOV, adviser to the Minister made the presentation, offering the apologies of the Minister of Education who was unable to attend in person.

The Ministry of Education of Azerbaijan rates its cooperation with the EU and the ETF very highly. Over the past 10 years the country has witnessed decreasing poverty and unemployment and an increase in GDP. VET has started to play an increasingly important role in the education systems. The ministry coordinates 107 public vocational schools and almost 26,500 students are enrolled in VET. However, the perception of VET is not very satisfactory, with only 11% of school graduates continuing their education in VET and only 10-12% of those continue to the upper level.

The VET system faces a number of challenges including the weak partnership between vocational schools and industry, outdated curricula, poor infrastructure and equipment, low levels of public funding, a lack of interest of applicants, quality assurance and insufficient training for administrators and instructors.

Several pilot projects are promoted by the Ministry of Education aiming to identify good working models:

- the modern Azerbaijani craftsmen project in cooperation with Khauf, Bosch, the Japanese and Belarus governments, and the Eldar Studio. Five vocational schools are involved and more are planned;
- the vocational training centre project developed with the Korean EximBank;
- training centres for different trades with Consolidated Construction Company, GIZ, Rogaland Training and the Education Centre, etc.

Cooperation between the ETF and the Ministry of Education in Azerbaijan started in 1995, with the ETF offering capacity building and policy advice, supporting the development of the NQF, supporting two rounds of the Torino Process, ensuring policy advice and support on shaping and consolidating

the results of EU funded projects. In cooperation with the Ministry of Labour and the Ministry of Education, the ETF contributed to the development of Sectoral Committees (MoLPP). The ETF in cooperation with the ILO provided input for skills anticipation and in cooperation with OECD they are supporting the assessment of skills for entrepreneurship.

The ETF and the Ministry of Education are also working together for the evaluation of the State Program on TVET 2007-12.

The Azerbaijan Qualifications Framework (AzQF) is expected to be adopted soon by the Cabinet of Ministers. The Ministry of Education, in cooperation with the ETF and the EU Delegation, is supporting the training of national stakeholders for the AzQF and seeking to raise awareness and build capacity; as well as reviewing and updating the draft implementation plan and working on the content.

The ETF is also supporting the Ministry of Labour to strengthen the role of the private sector in VET, particularly Sector Skills Councils. Together they are examining and simulating the use of occupational standards from other countries in selected sectors. In this respect, a mapping of the social partnership initiatives is ongoing with a view to developing a roadmap for social partnership in the future.

Furthermore, in the 2014-17 period, cooperation with the ETF will focus on supporting, developing and implementing VET reform, developing institutional structures and examining policy options and solutions.

Updates on the upcoming Italian Presidency

On behalf of the Italian Presidency, **Daniele RAMPAZZO** (Italy) presented the main focus of the upcoming presidency. The semester will focus on growth and jobs in view of the response requested by the 26 million unemployed people in the EU. The Presidency will also foster cooperation between the Council, the Parliament and the Commission. It will start with a summit in Turin on 11 July on Youth Employment.

The consolidation of the governance of economic and monetary union will be continued, while other aspects include the revision of the EU 2020 Strategy with contributions from most member states to be ready for the European Council in December and for the European Commission.

The climate and energy package will be also in focus due to the fact that the EU has to elaborate a position for the UN Summit on climate change to be organised in September in Lima and for the follow-up in Paris in 2015.

As a contribution to sustainable development, during their July meeting in Milan, the Ministers of environment and employment will approach the issue of green jobs.

The enlargement policy as well as the neighbourhood policy will also be part of the agenda of the Italian Presidency.